



#dieschmidt

der newsletter

02.10.2020

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Infektionszahlen steigen wieder und Berlin-Mitte mit dem Deutschen Bundestag ist seit heute ein innerdeutsches Risikogebiet. Die Corona-Pandemie beeinflusst unser Leben wieder zunehmend stärker. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir noch mehr aufeinander Acht geben und uns an die AHA-Regeln halten. Wir haben in dieser Woche einen starken Entwurf des Bundeshaushalts für das Jahr 2021 beschlossen. In den Verhandlungen der nächsten Wochen wird es darum gehen, dass wir einen Grundstein für eine bessere Welt nach Corona legen. Es ist wie nahezu alles in diesem Jahr, kein gewöhnlicher Haushalt, denn er steht voll und ganz im Zeichen der Corona-Pandemie und ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft, das Gesundheitssystem. Wir setzen klare Signale: Die Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger, die Stabilisierung der Wirtschaft und das Sichern von Arbeitsplätzen haben für uns Priorität. Trotz des Einbruchs der Wirtschaft sind wir – vor allem aufgrund unserer soliden Finanzpolitik der vergangenen Jahre – für die kommende Zeit gut aufgestellt.



Und während andere Parteien Steuern für Reiche senken wollen, sorgen wir dafür, dass die Wirtschaft angekurbelt wird, indem wir investieren: in unsere Infrastruktur, in unsere Schulen, in gute Lebensbedingungen für alle. Olaf Scholz hat in seiner Rede am Dienstag deutlich gemacht, dass wir gerade in Zeiten der Krise einen starken Sozialstaat brauchen. [\(hier geht es zu seiner Rede\)](#) Wir haben durch die Ausweitung und die Verlängerung des Kurzarbeitergelds dafür gesorgt, dass wir viele Arbeitsplätze sichern konnten. Wir werden nicht jeden Arbeitsplatz retten können, aber wir werden um jeden kämpfen. Wir stärken den sozialen Zusammenhalt, indem wir vor allem Kinder und Familien stärker unterstützen, aber auch indem wir allen die Möglichkeit geben, die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft mitzugestalten. Wir legen mit dem Haushalt 2021 den Grundstein für die Welt nach Corona.

Am vergangenen Montag lief die viel beachtete Dokumentation über Rechtsradikale in Deutschland. Es ist beschämend, dass der Pressesprecher einer im Bundestag vertretenen Partei davon spricht, dass Menschen mit Migrationshintergrund vergast oder erschossen werden sollten. Wir dürfen an keiner Stelle zulassen, dass Äußerungen wie diese unwidersprochen stehen gelassen werden. Einmal mehr zeigt sich: **Wir müssen als gesamte Gesellschaft dagegen- und zusammenhalten.**

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

30 Jahre Deutsche Einheit



Am Samstag feiern wir 30 Jahre Deutsche Einheit. Die Deutsche Einheit ist eine große Erfolgsgeschichte. Der Gewinn von Freiheit und Demokratie war jede Anstrengung wert. Wir haben gemeinsam schon viel erreicht. Dennoch ist die Kluft zwischen neuen und alten Bundesländern, aber auch zwischen anderen Teilen der Bundesrepublik, wie zum Beispiel dem Ruhrgebiet, noch groß. Deshalb ist es auch gut und richtig, dass wir weiterhin in gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Bundesländern investieren. Auch heute noch verdienen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Osten weniger als im Westen. Wir setzen uns dafür ein, dass gleicher Lohn, für gleiche Arbeit, unabhängig vom Ort gezahlt wird.

Für Investitionen in die Zukunft



Mit den Konjunktur- und Wirtschaftsprogrammen haben wir schon während der Krise wichtige Investitionen beschlossen. Um die Mindereinnahmen und die höheren Investitionen auszugleichen, nehmen wir 2021 96 Milliarden Euro an neuen Schulden auf. Trotz der Neuaufnahme von Schulden stehen wir vor allem im internationalen Vergleich gut da. Wir haben trotz allem die niedrigste Schuldenquote aller G7-Staaten und sind auch im europäischen Vergleich die stärkste Wirtschaftskraft der EU. Damit, dass so bleibt, stärken wir unser wirtschaftliches und soziales Fundament mit klugen

Investitionen. Wir modernisieren und investieren in die digitale Ausstattung und Vernetzung der Krankenhäuser, investieren in Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz oder die Wasserstofftechnologie. Wir stärken den sozialen Zusammenhalt, indem wir unseren starken Sozialstaat weiter stärken. ([weiterlesen...](#))

Gegen Hass und Hetze



Letzten Freitag habe ich gemeinsam mit der Bundesjustizministerin Christine Lambrecht und weiteren 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der digitalen Fraktion-vor-Ort Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion über Hass und Hetze im Internet und auf der Straße gesprochen. Christine Lambrecht stellte zu Beginn die verschiedenen Maßnahmen vor, mit denen die Bundesregierung gegen Falschnachrichten und Verleumdungen im Internet vorgeht und berichtete von persönlichen Verleumdungen und auch Bedrohungen, die sie persönlich vermehrt in der vergangenen Zeit erhalten hat. ([weiterlesen...](#))

Für mehr Sicherheit in der Welt



Seit mehr als drei Jahren ist Donald Trump nun Präsident der Vereinigten Staaten. Aus seinem Versprechen, „Präsident aller Amerikaner“ zu sein, ist nicht viel übrig geblieben. Das Land ist gespaltener als je zuvor. Die USA als ehemals weltweites Vorbild für Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit haben deutlich im Ansehen verloren. Zudem wurde die Welt in unsichere Zeiten gestürzt, indem wichtige Verträge, wie beispielsweise der INF-Vertrag oder das Abkommen mit dem Iran zur Verringerung von Nuklearwaffen, durch Donald Trump aufgekündigt wurden. 2021 läuft das START-Abkommen, ein weiteres Abkommen zur Verringerung von strategischen Nuklearwaffen, aus. ([weiterlesen...](#))

Demokratie konkret



Die EU-Kommission hat in dieser Woche zum ersten Mal einen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU vorgestellt. Dieser hat gezeigt, dass vor allem Ungarn und Polen erhebliche Defizite aufweisen. Deutschland hat die Initiative im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft gestartet, dass finanzielle Subventionen der EU an die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten gekoppelt werden. Dieser Vorschlag wurde diese Woche gegen die Stimmen von Ungarn und Polen beschlossen. Wir sorgen damit dafür, dass der Grundgedanke unserer gemeinsamen solidarischen Werteunion wieder stärker im Fokus steht. Doch warum ist ein Rechtsstaat eigentlich so wichtig? ([weiterlesen...](#))